

No. 34302

**AUSTRIA
and
HONG KONG
(UNDER AN ENTRUSTMENT OF AUTHORITY
FROM THE UNITED KINGDOM GOVERNMENT)**

**Agreement for the promotion and protection of investments.
Signed at Vienna on 11 October 1996**

Authentic texts: German, Chinese and English.

Registered by Austria on 19 January 1998.

**AUTRICHE
et
HONG KONG
(EN VERTU D'UNE DÉLÉGATION DE POUVOIRS
DE LA PART DU GOUVERNEMENT
DU ROYAUME-UNI)**

Accord concernant la promotion et la protection des investissements. Signé à Vienne le 11 octobre 1996

Textes authentiques : allemand, chinois et anglais.

Enregistré par l'Autriche le 19 janvier 1998.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG VON HONGKONG ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTI- TIONEN

DIE REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE REGIERUNG VON HONGKONG, auf Grund einer entsprechenden Ermächtigung seitens der souveränen Regierung, die für die auswärtigen Angelegenheiten betreffend Hongkong verantwortlich ist, im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Bedingungen für bedeutendere Investitionen durch Investoren einer Vertragspartei im Gebiet der anderen zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der gegenseitige Schutz solcher Investitionen durch ein Abkommen individuelle geschäftliche Initiativen stimulieren und die Prosperität in beiden Gebieten fördern wird,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1 Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

- a) „Gebiet“:
 - (i) umfaßt betreffend Hongkong, Hongkong Island, Kowloon und die New Territories,
 - (ii) bedeutet betreffend die Republik Österreich das Territorium der Republik Österreich,
- b) „frei konvertierbar“ bedeutet frei von allen Devisenkontrollen und in jeder Währung ins Ausland transferierbar,
- c) bedeutet der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte und beinhaltet insbesondere, aber nicht ausschließlich:
 - (i) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte oder Nutzungsrechte;
 - (ii) Anteilsrechte an und Aktien und Schuldverschreibungen von Unternehmen und jede andere Art von Beteiligungen an Unternehmen;
 - (iii) Ansprüche auf Geld oder auf jede vertragliche Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
 - (iv) geistige Eigentumsrechte, insbesondere Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie Erfinderpateute, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
 - (v) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung, die Entwicklung, den Abbau oder die Gewinnung von Naturschätzen.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte investiert werden, berührt nicht deren Eigenschaft als Investitionen;

- d) „Investor“ bedeutet:
 - (i) in bezug auf Hongkong
 - physische Personen, die in dessen Gebiet das Recht auf Wohnsitz haben;
 - juristische Gesellschaften, Personengesellschaften und Vereinigungen, die erforderlichenfalls in Übereinstimmung mit den geltenden Rechtsvorschriften in dessen Gebiet errichtet oder konstituiert und registriert wurden;
 - (ii) in bezug auf die Republik Österreich
 - jede natürliche Person, die Staatsangehöriger der Republik Österreich ist;
 - jede juristische Person und auch jede Handelsgesellschaft oder andere Gesellschaft oder Vereinigung, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Österreich hat und in Übereinstimmung mit deren Rechtsvorschriften errichtet wurde;

- e) „Erträge“ bedeutet diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte.

Artikel 2

Förderung und Schutz von Investitionen und Erträgen

(1) Jede Vertragspartei fördert und schafft günstige Bedingungen für Investoren der anderen Vertragspartei, um Investitionen auf ihrem Gebiet zu tätigen, und genehmigt solche Investitionen im Einklang mit ihren Gesetzen und sonstigen Regelungen.

(2) Investitionen und Erträge der Investoren jeder Vertragspartei werden jederzeit gerecht und angemessen behandelt und genießen vollen Schutz und Sicherheit auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei. Keine Vertragspartei beeinträchtigt in ihrem Gebiet in irgendeiner Weise durch unangemessene oder diskriminierende Maßnahmen die Verwaltung, die Instandhaltung, die Nutzung, den Genuß von oder die Verfügung über Investitionen durch Investoren der anderen Vertragspartei. Jede Vertragspartei erfüllt jede Verpflichtung, die sie in bezug auf Investitionen eines Investors der anderen Vertragspartei eingehen wird.

(3) Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition gilt als neue Investition.

Artikel 3

Behandlung von Investitionen und Erträgen

(1) Keine der beiden Vertragsparteien behandelt auf ihrem Gebiet Investitionen oder Erträge der Investoren der anderen Vertragspartei weniger günstig als Investitionen oder Erträge ihrer eigenen Investoren oder als Investitionen oder Erträge der Investoren dritter Staaten.

(2) Keine der beiden Vertragsparteien behandelt auf ihrem Gebiet Investoren der anderen Vertragspartei, zum Beispiel hinsichtlich der Verwaltung, der Instandhaltung, der Nutzung, des Genusses von oder der Verfügung über ihre Investitionen weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder die Investoren dritter Staaten.

Artikel 4

Ausnahmen

(1) Die Bestimmungen in diesem Abkommen betreffend die Gewährung einer Behandlung, die nicht weniger günstig ist als jene, die den Investoren der beiden Vertragsparteien oder Investoren dritter Staaten gewährt wird, dürfen nicht so ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den gegenwärtigen oder zukünftigen Nutzen

- a) einer Zollunion, eines gemeinsamen Marktes, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) eines internationalen Abkommens, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Gesetzgebung über Steuerfragen;

Investoren der anderen Vertragspartei zu gewähren.

(2) Regelungen zur Erleichterung des Grenzverkehrs zwischen Österreich und seinen Nachbarn dürfen nicht als Basis für das Verlangen nach Meistbegünstigung auf Grund dieses Abkommens verwendet werden.

Artikel 5

Entschädigung für Verluste

(1) Investoren einer Vertragspartei, deren Investitionen auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei wegen Krieges oder anderer bewaffneter Konflikte, Revolution, nationalen Notstandes, Aufstandes oder Unruhen im Gebiet der letzteren Vertragspartei Schaden erleiden, erfahren hinsichtlich Rückerstattung, Schadloshaltung, Entschädigung oder anderer Regelungen seitens der letzteren Vertragspartei keine weniger günstige Behandlung als eigene Investoren oder Investoren aus Drittstaaten. Daraus folgende Zahlungen sind frei konvertierbar.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dieses Artikels erhalten Investoren einer Vertragspartei, die auf Grund von Ereignissen, wie sie im zitierten Absatz angeführt sind, Schaden auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei erleiden durch

- a) Beschlagnahme ihres Eigentums durch die Streitkräfte oder Behörden dieser Vertragspartei, oder durch
- b) Zerstörung ihres Eigentums durch die Streitkräfte oder Behörden dieser Vertragspartei, die nicht durch Kampfhandlungen verursacht wurde und unter den gegebenen Umständen nicht erforderlich war,

eine Rückerstattung oder eine angemessene Entschädigung. Daraus folgende Zahlungen sind frei konvertierbar.

(3) Im Absatz 2 dieses Artikels bedeutet der Begriff „Streitkräfte“ hinsichtlich Hongkong die Streitkräfte der souveränen Regierung, die für die auswärtigen Angelegenheiten betreffend Hongkong verantwortlich ist.

Artikel 6

Entschädigung für Enteignung

(1) Investitionen der Investoren einer Vertragspartei werden auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei nicht enteignet und auch nicht sonstigen Maßnahmen unterworfen, die gleiche Auswirkungen haben wie eine Enteignung, außer auf Grund gesetzlicher Maßnahmen im öffentlichen Interesse im Zusammenhang mit den internen Bedürfnissen dieser Vertragspartei und gegen Entschädigung. Die Entschädigung muß dem echten Wert der Investition entweder unmittelbar vor dem Zeitpunkt der Enteignung oder vor dem Zeitpunkt des öffentlichen Bekanntwerdens der drohenden Enteignung entsprechen, je nachdem welches Ereignis früher eintritt, und muß die Zinsen zum handelsüblichen Zinssatz bis zum Zeitpunkt der Zahlung enthalten, ohne ungebührliche Verzögerung erfolgen, sowie tatsächlich verfügbar und frei konvertierbar sein.

(2) Dem betroffenen Investor steht das Recht zu, im Rahmen der Rechtsordnung der Vertragspartei, die die Enteignung veranlaßt, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch ein richterliches oder anderes zuständiges oder unabhängiges Organ dieser Vertragspartei umgehend überprüfen zu lassen. Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung entweder durch das richterliche oder andere zuständige oder unabhängige Organ dieser Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 9 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

(3) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die auf Grund der geltenden Gesetzgebung in jedem Teil ihres Gebietes errichtet oder konstituiert wurde, und an der Investoren der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzen, so sichert sie die Anwendung der Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels in dem Ausmaße, das notwendig ist, um die im Absatz 1 erwähnte Entschädigung in bezug auf die Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei, die Eigentümer dieser Anteile sind, sicherzustellen.

Artikel 7

Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Investitionen den Investoren der anderen Vertragspartei das uneingeschränkte Recht, ihre Investitionen, wie sie im Artikel 1 (c) definiert sind, und ihre Erträge, wie sie im Artikel 1 (e) definiert sind, ins Ausland zu transferieren. Investoren haben außerdem das uneingeschränkte Recht, ins Ausland im besonderen, aber nicht ausschließlich zu transferieren:

- a) Kapital und zusätzliche Beträge zur Instandhaltung oder Ausweitung ihrer Investitionen;
- b) Beträge, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) Rückzahlungen von Krediten;
- d) Erlöse aus vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- e) eine Entschädigung gemäß Artikel 5 und Artikel 6 dieses Abkommens.

(2) Devisentransfers erfolgen ohne Verzögerung in jeder frei konvertierbaren Währung. Wenn nicht anders vereinbart mit dem Investor, erfolgen Transfers zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung gelten. Der Wechselkurs entspricht dem Kreuzkurs, der am Tage der Zahlung aus der

Anwendung der Kurse des Internationalen Währungsfonds für die Umwandlung der betroffenen Währungen in Sonderziehungsrechte resultiert.

Artikel 8

Eintrittsrecht

(1) Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr benannte Institution eine Zahlung auf Grund einer Garantie für eine Investition im Gebiet der anderen Vertragspartei, so anerkennt diese andere Vertragspartei die kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei erfolgte Übertragung aller Rechte oder Ansprüche des entschädigten Investors und anerkennt ferner, daß die erstgenannte Vertragspartei oder eine von ihr hiezu benannte Institution alle diese Rechte oder diese Ansprüche auf Grund des Eintrittes im gleichen Umfange wie der Investor geltend machen kann. Dies berührt nicht die Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei gemäß Artikel 9 dieses Abkommens oder die Rechte der erstgenannten Vertragspartei gemäß Artikel 10 dieses Abkommens.

(2) Die erstgenannte Vertragspartei oder die von ihr benannte Institution kann in jedem Fall die gleiche Behandlung hinsichtlich der von ihr auf Grund der Übertragung erworbenen Rechte und Ansprüche und hinsichtlich aller Zahlungen, die sie in Ausübung dieser Rechte und Ansprüche erhält, wie sie der entschädigte Investor auf Grund dieses Abkommens in bezug auf die betroffene Investition und die diesbezüglichen Erlöse zu beanspruchen berechtigt war, beanspruchen.

(3) Zahlungen, die die erstgenannte Vertragspartei oder die von ihr benannte Institution in Ausübung der erworbenen Rechte und Ansprüche erhält, sind frei konvertierbar. Über solche Zahlungen kann die erstgenannte Vertragspartei auch zum Zwecke der Begleichung jeder Ausgabe frei verfügen, die auf dem Gebiet der letztgenannten Vertragspartei geleistet wird.

(4) Eine Vertragspartei, die in einer Streitigkeit über eine Investition gemäß Artikel 9 dieses Abkommens Streitpartei ist, kann in keinem Stadium eines Vergleiches oder eines Schiedsverfahrens oder einer Vollstreckung des Schiedsspruches den Einwand erheben, daß der Investor, der die andere Streitpartei in der Streitigkeit ist, auf Grund einer Garantie eine Entschädigung für die Gesamtheit oder Teile seines Schadens erhalten hat.

Artikel 9

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

Jede Streitigkeit zwischen einem Investor der einen Vertragspartei und der anderen Vertragspartei über eine Investition des Erstgenannten auf dem Gebiet der Letztgenannten, die nicht freundschaftlich beigelegt wurde, wird nach einem Zeitraum von sechs Monaten ab der schriftlichen Mitteilung betreffend den Anspruch in einem solchen Verfahren zur Beilegung der Streitigkeit behandelt, über das sich die beiden Streitparteien geeinigt haben. Wenn es innerhalb dieser sechs Monate zu keiner Einigung über ein solches Verfahren kommt, sind die Streitparteien verpflichtet, die Streitigkeit einem Schiedsverfahren gemäß der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung zu unterwerfen, insoweit sie auf Grund der letzten Abänderung, die für beide Vertragsparteien anwendbar ist, abgeändert wurde. Die Parteien können sich in schriftlicher Form über eine Abänderung dieser Regeln einigen.

Artikel 10

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Wenn es zu einer Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens kommt, werden diese, soweit wie möglich, durch Verhandlungen beigelegt.

(2) Wenn die Vertragsparteien eine Streitigkeit durch Verhandlungen innerhalb von sechs Monaten nicht beilegen können, kann sie von ihnen einer solchen Person oder Einrichtung, über die sie sich einigen können, unterbreitet werden oder wird über Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht von drei Schiedsrichtern zur Entscheidung vorgelegt, das sich in folgender Weise konstituiert:

- a) Innerhalb von dreißig Tagen nach Erhalt des Antrages auf ein Schiedsgerichtsverfahren ernennt jede Vertragspartei einen Schiedsrichter. Ein Angehöriger eines Staates, der bezüglich der Streitigkeit als unparteiisch angesehen werden kann, fungiert als Vorsitzender des Schiedsgerichtes und wird auf Grund einer Vereinbarung zwischen den beiden Schiedsrichtern

als dritter Schiedsrichter innerhalb von sechzig Tagen nach Ernennung des zweiten Schiedsrichters ernannt;

- b) Wenn innerhalb der obenerwähnten Fristen keine Ernennung erfolgt, kann jede der Vertragsparteien den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes, in seiner Eigenschaft als Person und Individuum ersuchen, die erforderliche Ernennung innerhalb von dreißig Tagen vorzunehmen. Sieht sich der Präsident als Angehörigen eines Staates an, der in bezug auf die Meinungsverschiedenheit nicht als neutral zu beurteilen ist, oder ist er aus einem anderen Grunde verhindert, diese Funktion wahrzunehmen, so nimmt der Vizepräsident, oder falls dieser in gleicher Weise verhindert ist, das dienstälteste Mitglied, das nicht im Sinne dieser Gründe ungeeignet ist, die Ernennung vor.

(3) Soweit dies nicht in diesem Artikel in den folgenden Bestimmungen oder auf andere Weise zwischen den Vertragsparteien geregelt wird, bestimmt das Schiedsgericht die Grenzen seiner Zuständigkeit und beschließt seine Verfahrensregeln. Über Anweisung des Schiedsgerichtes oder über Verlangen einer der Vertragsparteien wird eine Konferenz nicht später als dreißig Tage nach vollständiger Konstituierung des Schiedsgerichtes abgehalten, die die genauen Sachfragen, die Gegenstand des Schiedsverfahrens sein sollen, und die anzuwendenden spezifischen Verfahren bestimmt.

(4) Wenn dies nicht durch die Vertragsparteien anders vereinbart oder durch das Schiedsgericht verfügt wird, legt jede Vertragspartei innerhalb von fünfundvierzig Tagen nach vollständiger Konstituierung des Schiedsgerichtes ein Memorandum vor. Stellungnahmen dazu sind nach sechzig Tagen fällig. Das Schiedsgericht führt eine Verhandlung über Verlangen einer der beiden Vertragsparteien, oder auch auf Grund eigener Entscheidung, innerhalb von dreißig Tagen nach dem Termin für Stellungnahmen durch.

(5) Das Schiedsgericht versucht, innerhalb von dreißig Tagen nach Abschluß der Verhandlung oder, falls es zu keiner Verhandlung kommt, nach dem Datum der Vorlage der beiden Stellungnahmen, ein schriftliches Urteil zu fällen. Das Urteil ergeht auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses.

(6) Die Vertragsparteien können Ersuchen um Erläuterung des Urteils innerhalb von dreißig Tagen nach Erhalt desselben einbringen und solche Erläuterungen werden innerhalb von fünfzehn Tagen nach einem solchen Ersuchen ausgefertigt.

(7) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund international anerkannter Rechtsregeln. Die Entscheidung des Schiedsgerichtes ist endgültig und für die beiden Vertragsparteien bindend.

(8) Jede Vertragspartei trägt die Kosten des von ihr bestellten Schiedsrichters und ihrer Rechtsvertretung in dem Schiedsverfahren. Die sonstigen Kosten des Gerichtes werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen, einschließlich der Kosten, die dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten oder dem dienstältesten Mitglied des Internationalen Gerichtshofes bei der Durchführung des Verfahrens gemäß Absatz 2 (b) dieses Artikels entstehen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Aufteilung der Kosten festlegen.

Artikel 11

Anwendung

Die Bestimmungen dieses Abkommens gelten für alle Investitionen, unabhängig davon, ob sie vor oder nach dem Datum des Inkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen wurden.

Artikel 12

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem sich die Vertragsparteien gegenseitig auf schriftlichem Wege informiert haben, daß die jeweiligen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

Artikel 13

Vertragsdauer und Kündigung

(1) Das Abkommen bleibt für die Dauer von fünfzehn Jahren in Kraft und bleibt danach für unbestimmte Zeit in Kraft, außer es wird in Übereinstimmung mit Absatz 2 dieses Artikels gekündigt.

(2) Jede Vertragspartei kann das Abkommen, sobald es fünfzehn Jahre in Kraft war, jederzeit nach einjähriger schriftlicher Vorankündigung gegenüber der anderen Vertragspartei kündigen.

(3) Unabhängig vom Außerkrafttreten gemäß Absatz 2 dieses Artikels, wird dieses Abkommen für eine zweite und letzte Periode von fünfzehn Jahren betreffend Investitionen weiter gelten, die vor dem Datum des Außerkrafttretens dieses Abkommens getätigt wurden.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterfertigten, gehörig bevollmächtigt durch ihre jeweiligen Regierungen, dieses Abkommen unterfertigt.

GESCHEHEN zu Wien, am 11. Oktober 1996, in zweifacher Ausfertigung in deutscher, chinesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Republik Österreich:
Dr. B. FERRERO-WALDNER m.p.

Für die Regierung
von Hongkong:
DONALD TSANG m.p.

[CHINESE TEXT — TEXTE CHINOIS]

奧地利共和國政府和香港政府
關於促進和保護投資協定

奧地利共和國政府和香港政府，經負責其外交事務的主權政府正式授權簽訂本協定，（以下簡稱“締約雙方”）；

願為締約一方的投資者在締約另一方地區內更多地投資創造有利條件；

認識到在協定下鼓勵和相互保護此種投資將有助於激勵個人經營的積極性和增進兩個地區的繁榮；

達成協議如下：

第一條 定義

本協定內：

(甲) “地區”

(i) 在奧地利共和國方面，係指奧地利共和國的領土；

(ii) 在香港方面，包括香港島、九龍和新界；

(乙) “自由兌換”係指免受所有外匯管制，並可以任何貨幣轉移至境外；

(丙) “投資”係指所有資產，特別是，但不限於：

(i) 動產、不動產和任何其他財產權利，如抵押權、留置權、質權或使用收益權；

(ii) 公司的股份、股票和信用債券，以及在公司的任何其他形式參與；

- (iii) 對金錢或通過合同具有財政價值行為的請求權；
- (iv) 知識產權，特別是版權、工業產權例如發明專利、商標、工業設計、技術程序、專門技能、商號和商譽；
- (v) 由法律賦予的勘探、耕作、提煉或開發自然資源的經營特許權；

所投資產形式的變化，不影響其作為投資的性質；

(丁) “投資者”：

- (i) 在奧地利共和國方面係指：
 - 屬於奧地利共和國公民的任何自然人；
 - 根據奧地利共和國法律成立而其活動中心在奧地利共和國境內的法人以及商業或其他公司或社團；
 - (ii) 在香港方面係指：
 - 在其地區內有居住權的自然人；
 - 在香港地區內依照有效法律設立或組建和在適用情況下註冊的公司、合夥公司和社團；
- (戊) “收益”係指由投資所產生的款項，特別是，但不限於：利潤、利息、資本利得、股息、使用費、許可和其他酬金。

第二條 促進及保護投資和收益

- 一. 締約各方應鼓勵締約另一方的投資者在其他地區內投資，為此創造良好條件，並根據其法律規則，接受此種投資。
- 二. 締約各方的投資者在締約另一方地區內的投資和收益，應始終受到公正和公平的待遇和充分的保護和保障。締約任何一方不得以任何不合理的或歧視性的措施損害締約另一方的投資者在其他地區內對

投資的管理、維持、使用、享有或處置。締約各方應遵守其對締約另一方投資者的投資可能已同意的義務。

三. 一項投資的合法延伸、更改或變換應視作一項新投資。

第三條 投資和收益的待遇

一. 締約任何一方在其地區內給予締約另一方投資者的投資或收益的待遇，不應低於其給予本地投資者或任何其他國家投資者的投資或收益的待遇。

二. 締約任何一方在其地區內給予締約另一方投資者在例如管理、維持、使用、享有或處置他們的投資的待遇，不應低於其給予本地投資者或任何其他國家投資者的待遇。

第四條 例外

一. 本協定中關於所給予的待遇不應低於給予締約任何一方投資者或任何其他國家投資者的待遇的規定，不應被視為規定締約一方須向另一方的投資者給予來自以下任何一項的現時或日後的利益：

(a) 關稅同盟、共同市場、自由貿易地區或經濟共同體成員身分；

(b) 國際協議、國際安排或有關課稅的本地法例。

二. 方便奧地利和其相鄰地區之邊境交通的規例，不應被援引作為根據本協定的規定獲得最惠國待遇的基礎。

第五條 損失補償

一. 締約一方的投資者在締約另一方地區內的投資，因在締約另一方地區內發生戰爭或其他武裝衝突、革命、全國緊急狀態、叛亂、暴動或騷亂而遭受損失，締約另一方所給予的有關恢復、賠償、補償或其他解決辦法的待遇，不應低於其給予本地投資者或任何其他國家投資者的待遇。由此發生的支付款應能自由兌換。

二. 在不損害本條第一款的情況下，締約一方的投資者在締約另一方地區內，在上款所述任何情況下遭受損失，是由於：

(甲) 締約另一方的軍隊或當局徵用了他們的財產，或

(乙) 締約另一方的軍隊或當局非因戰鬥行動或情勢必需而毀壞了他們的財產，

應予以恢復或合理的補償。由此發生的支付款應能自由兌換。

三. 就本條第二款而言，“軍隊”一詞在香港方面，是指負責管理與香港有關的外交事務的主權政府的武裝軍隊。

第六條 徵收補償

一. 只有合法地，爲了與國內需要相關的公共目的，並給予補償，締約任何一方投資者在締約另一方地區內的投資方可被剝奪或採取與此種剝奪效果相同的措施。此種補償應等於投資在剝奪或即將進行的剝奪已爲公眾所知前一刻（以較早者爲準）的真正價值。有關補償應包括直至付款之日按正常商業利率計算的利息，支付不應不適當地遲延，並應有效地兌現和自由兌換。

二. 依照採取剝奪的締約一方的法律，受影響的投資者應有權要求該一方的司法或其他主管或獨立機構，迅速審理徵收的合法性。投資者有權獲得由採取剝奪的締約一方的司法或其他主管或獨立機構，或由一國際仲裁法庭根據本協定第九條的規定所審理的補償額。

三. 締約一方對在其地區內任何地方依照有效法律設立或組建的並由締約另一方投資者持有股份的公司的資產進行徵收時，應保證適用本條第一及二款的規定，從而保證擁有此種股份的締約另一方投資者就其投資得到第一款所指的補償。

第七條 轉移

一. 締約各方須保證締約另一方的投資者有不受限制的權利把其根據第一條(丙)款所界定的投資和根據第一條(戊)款所界定的收益轉

移至境外。投資者並有不受限制的權利把特別是，但不限於下列各項的投資和收益轉移至境外：

- (甲) 資本和用於維持或延伸其投資的額外款額；
- (乙) 指定用於支付與管理投資有關的費用的款額；
- (丙) 貸款的償還款額；
- (丁) 把投資局部或全部變換為現金，或把投資出售的收益；
- (戊) 根據本協定第五和六條的規定所得的補償。

二. 貨幣的轉移應以任何可自由兌換的貨幣不遲延地實施。除非投資者另行贊同，轉移應按轉移之日適用的匯率進行。該匯率必須與交叉匯率一致，而交叉匯率是以國際貨幣基金組織在付款日把有關貨幣換算為特別提款權時使用的匯率所計算出來的。

第八條 代位

一. 如締約一方或其指定的代理機構，依照其對在締約另一方地區內某項投資的保證作了支付，締約另一方應承認被保證投資者的全部權利和請求權，依法律或合法行為轉讓給了締約一方或其指定的代理機構，並承認締約一方或其指定的代理機構由於代位有權行使和執行與該投資者同樣的權利及請求權。這項規定不得影響第一締約方的投資者根據本協定第九條所享有的權利，或第一締約方根據本協定第十條所享有的權利。

二. 在所有情況下，締約一方或其指定的代理機構，在通過轉讓取得的權利和請求權以及在行使這種權利和請求權時得到的支付所享受的待遇，應與被保證投資者依本協定就有關投資及其收益有權享受的待遇相同。

三. 締約一方或其指定的代理機構在行使取得的權利和請求權時所得到的支付，應可自由兌換，並應由締約一方自由使用，以償付其在締約另一方地區內的開支。

四. 在調解或仲裁過程或在執行裁決的任何階段中，根據本協定第九條屬於投資爭端一方的締約方，不能以身為爭端另一方的投資者的所有或部分損失已通過保證獲得賠償為理由而提出反對。

第九條 解決投資爭端

締約一方的投資者與締約另一方之間有關前者在後者地區內投資的爭端如未能友好解決，應在提出要求的書面通知之六個月後，按照爭議雙方同意的程序解決。如在該六個月期間內沒有就此種程序達成協議，爭議雙方有義務依照適用於締約雙方而經最後修訂的聯合國國際貿易法委員會仲裁規則將爭端提交仲裁。締約雙方可以書面同意修訂這些規則。

第十條 締約雙方之間的爭端

一. 如果締約雙方對本協定的解釋或適用發生爭端，應盡可能通過談判解決。

二. 如果締約雙方未能在六個月內通過談判解決爭端，可將爭端提交雙方同意的人或機構，或應依締約任何一方的要求提交由三名仲裁人組成的仲裁庭裁決。該仲裁庭應按下述方式設立：

(甲) 自收到仲裁要求後三十日內，締約各方應指派一名仲裁人。自第二名仲裁人獲指派後六十日內，兩名仲裁人應協議指派一名在爭端中保持中立的國家的國民為第三名仲裁人，該名仲裁人將擔任仲裁庭主席；

(乙) 如在上文規定的期限內未作出任何指派，締約任何一方可以請求國際法院院長以私人及個人身分在三十日內作出必要的指派。如院長認為他是在爭端中非中立國家的國民，或如果他基於其他原因未能履行這項職責，則由副院長作出指派，又如副院長同樣未能履行該項職責，便由最資深而又不因上述原因而失去資格的仲裁員，作出有關指派。

三. 除本條下文另有規定或締約雙方另行同意外，仲裁庭應規定其裁判權限和自行制定其程序。仲裁庭應在正式設立後三十日內，依

其指示或締約任何一方的要求舉行會議，以確定須予仲裁的爭端和隨後需進行的具體程序。

四. 除締約雙方另行同意或仲裁庭另作指示外，締約各方應在仲裁庭正式設立後四十五日內提交一份備忘錄。隨後締約雙方應於六十日內作出答覆。仲裁庭應依締約任何一方的要求或自行決定，在作出答覆期限屆滿之日後三十日內進行審理。

五. 仲裁庭應嘗試在完成審理後三十日內作出書面裁決，或如無審理，則在雙方提交答覆日期後三十日內作出書面裁決。裁決應以多數票作出。

六. 締約雙方可在接到裁決後三十日內提出有關澄清該項裁決的要求，仲裁庭應在這項要求提出後十五日內作出澄清。

七. 仲裁庭應以國際認可的法律原則為基礎來達至決定。仲裁庭的裁決為最終裁決，對締約雙方均有約束力。

八. 締約各方應承擔其指派的仲裁員及仲裁程序中其法律代表的費用。仲裁庭的其他費用，包括國際法院院長、副院長或最資深的仲裁員因履行本條第二(乙)款規定的程序而引致的任何費用，由締約雙方平均分擔。但仲裁庭可自行決定採取另一方式分配有關費用。

第十一條 適用範圍

本協定的規定適用於在本協定生效日期前後作出的所有投資。

第十二條 生效

本協定將於締約雙方以書面通知對方已各自履行為使本協定生效的規定之月份後第三個月第一天開始生效。

第十三條 期限和終止

一. 本協定在十五年內保持有效，其後除非根據本條第二款終止協定，否則將無限期有效。

二. 締約任何一方可在本協定生效十五年後，隨時提前一年書面通知締約另一方終止本協定。

三. 儘管本協定根據本條第二款終止，對在本協定終止前作出的投資，本協定將在終止日期後的第二個即最後一個十五年期內有效。

由雙方政府授權其各自代表簽署協定，以昭信守。

本協定於一九九六年十月十一日在維也納簽訂。正本一式兩份，用中文、英文和德文寫成，所有文本具有同等效力。

奧地利共和國政府
代 表

香港政府
代 表

Dr. R. Fucini-Labell

曾蔭培

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF HONG KONG FOR THE PROMOTION AND PROTECTION OF INVESTMENTS

The Government of the Republic of Austria, and the Government of Hong Kong, having been duly authorised to conclude this agreement by the government of the sovereign State which is responsible for foreign affairs relating to Hong Kong, hereinafter referred to as the „Contracting Parties“;

Desiring to create favourable conditions for greater investment by investors of one Contracting Party in the area of the other;

Recognizing that the encouragement and reciprocal protection under agreement of such investments will be conducive to the stimulation of individual business initiative and will increase prosperity in both areas;

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purposes of this Agreement:

- (a) "area":
- (i) in respect of the Republic of Austria means the territory of the Republic of Austria;
 - (ii) in respect of Hong Kong includes Hong Kong Island, Kowloon and the New Territories;
- (b) "freely convertible" means free of all currency exchange controls and transferable abroad in any currency;
- (c) "investment" means every kind of asset and in particular, though not exclusively, includes:
- (i) movable and immovable property and any other property rights such as mortgages, liens, pledges or usufructs;
 - (ii) shares in and stock and debentures of a company and any other form of participation in a company;
 - (iii) claims to money or to any performance under contract having a financial value;
 - (iv) intellectual property rights, in particular copyrights, industrial property rights such as patents for inventions, trademarks, industrial designs, technical processes, know-how, trade names and goodwill;
 - (v) business concessions conferred by law to search for cultivate, extract or exploit natural resources.
- A change in the form in which assets are invested does not affect their character as investments:
- (d) "investors" means:
- (i) in respect of the Republic of Austria:
 - any natural person who is a citizen of the Republic of Austria;
 - any juridical person as well as any commercial or other company or association having its seat in its area constituted in accordance with the legislation of the Republic of Austria;
 - (ii) in respect of Hong Kong:
 - physical persons who have the right of abode in its area;
 - corporations, partnerships and associations incorporated or constituted and registered where applicable under the law in force in its area;
- (e) "returns" means the amounts yielded by an investment and in particular, though not exclusively, includes profit, interest, capital gains, dividends, royalties, licence and other fees.

¹ Came into force on 1 October 1997 by notification, in accordance with article 12.

Article 2

Promotion and Protection of Investments and Returns

(1) Each Contracting Party shall encourage and create favourable conditions for investors of the other Contracting Party to make investments in its area, and, subject to its laws and regulations, shall admit such investments.

(2) Investments and returns of investors of each Contracting Party shall at all times be accorded fair and equitable treatment and shall enjoy full protection and security in the area of the other Contracting Party. Neither Contracting Party shall in any way impair by unreasonable or discriminatory measures the management, maintenance, use, enjoyment or disposal of investments in its area of investors of the other Contracting Party. Each Contracting Party shall observe any obligation it may have entered into with regard to investments of investors of the other Contracting Party.

(3) The legal extension, alteration or transformation of an investment shall be considered to be as a new investment.

Article 3

Treatment of Investments and Returns

(1) Neither Contracting Party shall in its area subject investments or returns of investors of the other Contracting Party to treatment less favourable than that which it accords to investments or returns of its own investors or to investments or returns of investors of any other State.

(2) Neither Contracting Party shall in its area subject investors of the other Contracting Party, for example as regards their management, maintenance, use, enjoyment or disposal of their investments, to treatment less favourable than that which it accords to its own investors or to investors of any other State.

Article 4

Exceptions

(1) The provisions in this Agreement relative to the grant of treatment not less favourable than that accorded to the investors of either Contracting Party or to investors of any other State shall not be construed so as to oblige one Contracting Party to extend to the investors of the other the present or future benefit of any:

- a) customs union, common market, free trade area or membership of an economic community;
- b) international agreement, international arrangement or domestic legislation regarding taxation.

(2) Regulations to facilitate the frontier traffic between Austria and her neighbours shall not be invoked as the basis of most favoured nation treatment under this Agreement.

Article 5

Compensation for Losses

(1) Investors of one Contracting Party whose investments in the area of the other Contracting Party suffer losses owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, revolt, insurrection or riot in the area of the latter Contracting Party shall be accorded by the latter Contracting Party treatment, as regards restitution, indemnification, compensation, or other settlement, no less favourable than that which the latter Contracting Party accords to its own investors or investors of any other State. Resulting payments shall be freely convertible.

(2) Without prejudice to paragraph (1) of this Article, investors of one Contracting Party who in any of the situations referred to in that paragraph suffer losses in the area of the other Contracting Party resulting from

- (a) requisitioning of their property by its forces or authorities, or
- (b) destruction of their property by its forces or authorities which was not caused in combat action or was not required by the necessity of the situation,

shall be accorded restitution or reasonable compensation. Resulting payments shall be freely convertible.

(3) For the purpose of paragraph (2) of this Article the term "forces" means in respect of Hong Kong the armed forces of the sovereign State which is responsible for foreign affairs relating to Hong Kong.

Article 6

Compensation for Expropriation

(1) Investors of either Contracting Party shall not be deprived of their investments nor subjected to measures having effect equivalent to such deprivation in the area of the other Contracting Party except lawfully, for a public purpose related to the internal needs of that Party, and against compensation. Such compensation shall amount to the real value of the investment immediately before the deprivation or before the impending deprivation became public knowledge whichever is the earlier, shall include interest at a normal commercial rate until the date of payment, shall be made without undue delay, be effectively realizable and be freely convertible.

(2) The investor affected shall have a right, under the law of the Contracting Party making the deprivation, to prompt review by a judicial or other competent or independent authority of that Party, of the lawfulness of the expropriation. The investor shall be entitled to have the amount of the compensation reviewed either by the judicial or other competent or independent authorities of the Contracting Party making the deprivation or by an international arbitral tribunal in accordance with Article 9 of this Agreement.

(3) Where a Contracting Party expropriates the assets of a company which is incorporated or constituted under the law in force in any part of its area, and in which investors of the other Contracting Party own shares, it shall ensure that the provisions of paragraph (1) and (2) of this Article are applied to the extent necessary to guarantee compensation referred in paragraph (1) in respect of their investment to such investors of the other Contracting Party who are the owners of those shares.

Article 7

Transfers

(1) Each Contracting Party shall in respect of investments guarantee to investors of the other Contracting Party the unrestricted right to transfer abroad their investments as defined in Article 1(c) and their returns as defined in Article 1(e). Investors shall also have the unrestricted right to transfer abroad in particular, but not exclusively:

- a) capital and additional amounts for the maintenance or extension of their investments;
- b) amounts assigned to cover expenses relating to the management of the investment;
- c) repayment of loans;
- d) proceeds from the total or partial liquidation or sale of the investment;
- e) compensation in accordance with Articles 5 and 6 of this Agreement.

(2) Transfers of currency shall be effected without delay in any freely convertible currency. Unless otherwise agreed by the investor, transfers shall be made at the rate of exchange applicable on the date of transfer. This rate of exchange shall correspond to the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversion of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

Article 8

Subrogation

(1) If one Contracting Party or its designated Agency makes a payment under an indemnity given in respect of an investment in the area of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, recognise the assignment to the former Contracting Party or its designated Agency by law or by legal transaction of all the rights and claims of the indemnified investor and that the former Contracting Party or its designated Agency is entitled to exercise such rights and enforce such claims by virtue of subrogation, to the same extent as that investor. This shall not affect the rights of the investor of the first Contracting Party under Article 9 of this Agreement or the rights of first Contracting Party under Article 10 of this Agreement.

(2) The former Contracting Party or its designated Agency shall be entitled in all circumstances to the same treatment in respect of the rights and claims acquired by it by virtue of the assignment and any payments received in pursuance of those rights and claims as the indemnified investor was entitled to receive by virtue of this Agreement in respect of the investment concerned and its related returns.

(3) Any payments received by the former Contracting Party or its designated Agency in pursuance of the rights and claims acquired shall be freely convertible. Such payments shall also be freely available to the former Contracting Party for the purpose of meeting any expenditure incurred in the area of the latter Contracting Party.

(4) A Contracting Party which is a party to an investment dispute under Article 9 of this Agreement shall not, at any stage of conciliation or arbitration proceedings or enforcement of the award, raise the objection that the investor who is the other party to the dispute has received in virtue of a guarantee indemnity in respect of all or some of its losses.

Article 9

Settlement of Investment Disputes

Any dispute between an investor of one Contracting Party and the other Contracting Party concerning an investment of the former in the area of the latter which has not been settled amicably, shall, after a period of six months from written notification of the claim, be submitted to such procedures for settlement as may be agreed between the parties to the dispute. If no such procedures have been agreed within that six month period, the parties to the dispute shall be bound to submit to arbitration under the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law¹ as amended by the last amendment applicable to both Contracting Parties. The parties may agree in writing to modify those Rules.

Article 10

Disputes between the Contracting Parties

(1) If any dispute arises between the Contracting Parties relating to the interpretation or application of this Agreement, the Contracting Parties shall as far as possible settle it by negotiation.

(2) If the Contracting Parties fail to reach a settlement of the dispute by negotiation within six months, it may be referred by them to such person or body as they may agree on or, at the request of either Contracting Party, shall be submitted for decision to a tribunal of three arbitrators which shall be constituted in the following manner:

- (a) within thirty days after receipt of a request for arbitration, each Contracting Party shall appoint one arbitrator. A national of a State which can be regarded as neutral in relation to the dispute, who shall act as President of the tribunal, shall be appointed as the third arbitrator by agreement between the two arbitrators, within sixty days of the appointment of the second;
- (b) if within the time limits specified above any appointment has not been made, either Contracting Party may request the President of the International Court of Justice, in a personal and individual capacity, to make the necessary appointment within thirty days. If the President considers that he is a national of a State which cannot be regarded as neutral in relation to the dispute or if he is otherwise unable to discharge this function, the Vice-President or if he is likewise unable to discharge this function, the most senior member who is not disqualified on those grounds shall make the appointment.

(3) Except as hereinafter provided in this Article or as otherwise agreed by the Contracting Parties, the tribunal shall determine the limits of its jurisdiction and establish its own procedure. At the direction of the tribunal, or at the request of either of the Contracting Parties, a conference to determine the precise issues to be arbitrated and the specific procedures to be followed shall be held not later than thirty days after the tribunal is fully constituted.

(4) Except as otherwise agreed by the Contracting Parties or prescribed by the tribunal, each Contracting Party shall submit a memorandum within forty five days after the tribunal is fully constituted. Replies shall be due sixty days later. The tribunal shall hold a hearing at the request of either Contracting Party, or at its discretion, within thirty days after replies are due.

¹ United Nations, *Official Records of the General Assembly, Thirty-fifth Session, Supplement No. 17 (A/31/17)*, p. 34.

(5) The tribunal shall attempt to give a written decision within thirty days after completion of the hearing or, if no hearing is held, after the date both replies are submitted. The decision shall be taken by a majority vote.

(6) The Contracting Parties may submit requests for clarification of the decision within thirty days after it is received and such clarification shall be issued within fifteen days of such request.

(7) The arbitral tribunal shall reach its decision on the basis of internationally recognized rules of law. The decision of the tribunal shall be final and binding on the Contracting Parties.

(8) Each Contracting Party shall bear the costs of the arbitrator appointed by it and of its legal representation in the arbitration proceedings. The other costs of the tribunal shall be shared equally by the Contracting Parties including any expenses incurred by the President, Vice-President or most senior member of the International Court of Justice in implementing the procedures in paragraph 2(b) of this Article. The tribunal may, however, in its award determine another distribution of costs.

Article 11

Application

The provisions of this Agreement shall apply to all investments whether made before or after the date of its entry into force.

Article 12

Entry into Force

This Agreement shall enter into force on the first day of the third month after the month in which the Parties have notified each other in writing that their respective requirements for the entry into force of this Agreement have been complied with.

Article 13

Duration and Termination

(1) This Agreement shall remain in force for a period of fifteen years and thereafter shall remain in force indefinitely, unless terminated in accordance with paragraph (2) of this Article.

(2) Either Contracting Party may terminate this Agreement at any time after it has been in force for fifteen years by giving one year's written notice to the other Contracting Party.

(3) Notwithstanding termination of this Agreement pursuant to paragraph (2) of this Article, the Agreement shall continue to be effective for a second and final period of fifteen years in respect of investments made before the date of termination of this Agreement.

In witness whereof the undersigned, duly authorised thereto by their respective Governments, have signed this Agreement.

Done in duplicate at Vienna this 11th day of October 1996 in the Chinese, English and German languages, all texts being equally authoritative.

For the Government
of the Republic of Austria:

Dr B. FERRERO-WALDNER m.p.

For the Government
of Hong Kong:

DONALD TSANG m.p.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE HONG KONG
CONCERNANT LA PROMOTION ET LA PROTECTION DES IN-
VESTISSEMENTS

Le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de Hong Kong, dûment autorisé à conclure le présent Accord par le Gouvernement de l'Etat souverain responsable des affaires étrangères concernant Hong Kong, ci-après dénommés « les Parties contractantes »;

Désireux de créer des conditions favorables à l'accroissement des investissements des investisseurs de l'une des Parties contractantes dans la zone de l'autre;

Reconnaissant que l'encouragement et la protection réciproque de ces investissements en vertu d'un accord contribueront à stimuler les initiatives individuelles dans le domaine des affaires et augmenteront la prospérité dans les deux zones;

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

DÉFINITIONS

Aux fins du présent Accord :

(a) Le terme « zone » :

- (i) En ce qui concerne la République d'Autriche désigne le territoire de la République d'Autriche;
- (ii) En ce qui concerne Hong Kong, inclut l'île de Hong Kong, Kowloon et les Nouveaux Territoires;

(b) L'expression « librement convertible » signifie libre de tout contrôle de change et transférable à l'étranger dans n'importe quelle monnaie;

(c) Le terme « investissement » désigne toutes les catégories d'avoirs, et particulièrement mais non exclusivement :

- (i) Les biens meubles et immeubles ainsi que tous les autres droits de propriété, tels qu'hypothèques, nantissements, gages et usufruits;
- (ii) Les participations, actions et obligations d'une société et toute autre forme de participation dans une entreprise;
- (iii) Les créances monétaires ou droits à toute prestation contractuelle ayant une valeur financière;
- (iv) Les droits en matière de propriété intellectuelle, en particulier les droits d'auteur, les droits de propriété industrielle tels que brevets d'invention, marques déposées, plans industriels, procédés techniques, savoir-faire, marques de fabrique et clientèle;

¹ Entré en vigueur le 1^{er} octobre 1997 par notification, conformément à l'article 12.

- (v) Les concessions commerciales conférées par la loi et ayant trait à la recherche visant à cultiver, extraire ou exploiter les ressources naturelles.

Une modification de la forme sur laquelle les avoirs sont investis n'affecte pas leur qualité d'investissement;

(d) Le terme « investisseurs » désigne :

- (i) En ce qui concerne la République d'Autriche :

- Toute personne physique ayant la nationalité autrichienne;
- Toute personne juridique ainsi que toute société ou association commerciale ou autre ayant son siège dans sa zone et étant constituée conformément à la législation de la République d'Autriche;

- (ii) En ce qui concerne Hong Kong :

- Les personnes physiques ayant le droit de résider dans sa zone;
- Les sociétés, sociétés de personnes et associations fondées ou constituées et enregistrées conformément à la législation en vigueur dans sa zone;

(e) Le terme « revenus » désigne les montants provenant d'un investissement et en particulier, mais pas exclusivement, les bénéfices, intérêts, plus-values, dividendes, redevances, licences et autres commissions.

Article 2

PROMOTION ET PROTECTION DES INVESTISSEMENTS ET DES REVENUS

(1) Chaque Partie contractante encouragera les investisseurs de l'autre Partie contractante à effectuer des investissements dans sa zone en créant des conditions favorables à cet effet, et, sous réserve de sa législation et de sa réglementation, admettra lesdits investissements.

(2) Les investissements et les revenus des investisseurs de chaque Partie contractante bénéficieront en tout temps d'un traitement juste et équitable, d'une pleine et entière protection et d'une sécurité totale dans la zone de l'autre Partie contractante. Aucune des Parties contractantes n'entravera de manière quelconque, par des mesures injustifiées ou discriminatoires, la gestion, l'entretien, l'utilisation, la jouissance ou l'aliénation d'investissements effectués dans sa zone par des investisseurs de l'autre Partie contractante. Chaque Partie contractante remplira toute obligation qu'elle aura contractée en ce qui concerne les investissements d'investisseurs de l'autre Partie contractante.

(3) L'extension, la modification ou la transformation légitimes d'un investissement seront considérées comme un nouvel investissement.

Article 3

TRAITEMENT DES INVESTISSEMENTS ET DES REVENUS

(1) Dans sa zone, aucune Partie contractante n'accordera aux investissements ou aux revenus des investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement moins

favorable que celui qu'elle accorde aux investissements ou aux revenus de ses propres investisseurs ou aux investissements ou revenus d'investisseurs d'un Etat tiers.

(2) Dans sa zone, aucune Partie contractante n'accordera aux investisseurs de l'autre Partie contractante, par exemple en ce qui concerne la gestion, l'entretien, l'utilisation, la jouissance et l'aliénation de leurs investissements, un traitement moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres investisseurs ou aux investisseurs d'un Etat tiers.

Article 4

EXCEPTIONS

(1) Les dispositions du présent Accord concernant l'octroi d'un traitement non moins favorable que celui qui est accordé aux investisseurs des deux Parties contractantes ou aux investisseurs d'un Etat tiers ne seront pas interprétées de manière à obliger une Partie contractante à étendre aux investisseurs de l'autre Partie contractante les bénéfices présents ou futurs résultant :

a) D'une union douanière, d'un marché commun, d'une zone de libre échange ou de la participation à une communauté économique;

b) D'un accord international, d'une convention internationale ou de la législation interne relative à l'imposition.

(2) La réglementation visant à faciliter le commerce frontalier entre l'Autriche et les pays voisins ne sera pas invoquée comme base au traitement de la nation la plus favorisée en vertu du présent Accord.

Article 5

COMPENSATION DE PERTES

(1) Les investisseurs d'une Partie contractante dont les investissements dans la zone de l'autre Partie contractante subissent des pertes dues à la guerre ou à tout autre conflit armé, révolution, état d'urgence, révolte, insurrection ou émeutes dans la zone de cette dernière Partie contractante seront soumis par celle-ci, en ce qui concerne la restitution, l'indemnisation, la compensation ou tout autre règlement, à un traitement non moins favorable que celui que cette Partie contractante accorde à ses propres investisseurs ou aux investisseurs d'un Etat tiers. Ces paiements seront librement convertibles.

(2) Sans préjudice de l'alinéa 1 du présent article, les investisseurs d'une Partie contractante qui, dans l'une des situations visées dans cet alinéa, subissent des pertes dans la zone de l'autre Partie contractante dues à :

a) La réquisition de leurs biens par les forces publiques ou les autorités de cette dernière, ou

b) La destruction de leurs biens par les forces publiques ou les autorités de cette dernière, sans que cette destruction résulte d'un combat ou soit requise par la nécessité de la situation,

recevront une restitution ou compensation raisonnable. Ces paiements seront librement convertibles.

(3) Aux fins du paragraphe 2 du présent article, le terme « forces » désigne, en ce qui concerne Hong Kong les forces armées de l'Etat souverain responsable des affaires étrangères relatives à Hong Kong.

Article 6

INDEMNISATION POUR EXPROPRIATION

(1) Les investisseurs de chaque Partie contractante ne seront pas, dans la zone de l'autre Partie contractante, privés de leurs investissements ni soumis à des mesures d'un effet équivalent à une telle dépossession, si ce n'est conformément à la loi, pour des motifs d'utilité publique liés aux nécessités internes de cette Partie, et moyennant indemnisation. Ladite indemnisation correspondra à la valeur réelle de l'investissement immédiatement avant qu'il ne soit procédé à la dépossession ou avant que l'imminence de celle-ci ne soit devenue de notoriété publique si ce fait se produit en premier lieu. Elle comprendra un intérêt à un taux commercial normal jusqu'à la date du paiement, sera versée sans retard injustifié et sera effectivement réalisable et librement convertible.

(2) L'investisseur concerné aura le droit, conformément à la législation de la Partie contractante qui procède à cette dépossession, à un examen rapide du cas par une autorité judiciaire ou une autre autorité compétente ou indépendante de ladite Partie. L'investisseur en question aura droit à un examen du montant de l'indemnisation par l'autorité judiciaire ou autre autorité compétente ou indépendante de la Partie contractante qui procède à cette dépossession ou par un tribunal arbitral international conformément à l'article 9 du présent Accord.

(3) Dans le cas où une Partie contractante exproprie les biens d'une entreprise fondée ou constituée conformément à la législation en vigueur sur n'importe quelle partie de sa zone et dans laquelle les investisseurs de l'autre Partie contractante possèdent des actions, elle veillera à ce que les dispositions du paragraphe 1 et du paragraphe 2 du présent article soient appliquées dans la mesure nécessaire pour garantir les versements de l'indemnisation visée au paragraphe 1, en ce qui concerne leurs investissements, auxdits investisseurs de l'autre Partie contractante qui possèdent lesdites actions.

Article 7

TRANSFERTS

(1) Chaque Partie contractante, en ce qui concerne leurs investissements, garantit aux investisseurs de l'autre Partie contractante le droit sans restriction de transférer à l'étranger leurs investissements tels qu'ils sont définis à l'alinéa *c* de l'article 1 et leurs revenus tels qu'ils sont définis à l'alinéa *e* de l'article 1. D'autre part, les investisseurs auront le droit absolu de transférer à l'étranger, en particulier mais non exclusivement :

a) Des capitaux et des montants supplémentaires pour assurer l'entretien ou pour accroître leurs investissements;

b) Les montants affectés au financement des dépenses relatives à la gestion de l'investissement;

c) Les fonds destinés au remboursement des prêts;

d) Les fonds découlant de la liquidation totale ou partielle ou de la vente de l'investissement;

e) Le montant de l'indemnisation conformément aux articles 5 et 6 du présent Accord.

(2) Les transferts de monnaies seront effectués sans retard dans une monnaie librement convertible. Sauf accord complet avec l'investisseur, les transferts seront exécutés au taux de change correspondant au taux croisé obtenu en comparant les taux qui seraient appliqués par le Fonds monétaire international à la date du paiement pour conversion des monnaies concernées en Droits de tirage spéciaux.

Article 8

SUBROGATION

(1) Si une Partie contractante ou l'organisme désigné par elle effectue un paiement en vertu d'une indemnisation accordée pour un investissement effectué dans la zone de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaîtra la cession de par la loi ou en vertu d'une transaction légale de tous les droits et de toute créance de l'investisseur indemnisé à la première Partie contractante ou à l'organisme désigné par elle et reconnaîtra que la première Partie contractante ou l'organisme désigné par elle est habilité à exercer ces droits et à faire valoir ces créances suivant le principe de la subrogation, au même titre que cet investisseur. Les droits de l'investisseur de la première Partie contractante en vertu de l'article 9 du présent Accord ou les droits de la première Partie contractante en vertu de l'article 10 du présent Accord ne seront pas affectés.

(2) En toutes circonstances, la première Partie contractante ou l'organisme désigné par elle aura droit, en ce qui concerne les droits et les créances acquis par elle ou lui en vertu de la cession et tout paiement reçu en exécution de ces droits et créances, au même traitement que l'investisseur indemnisé était en droit de recevoir en vertu du présent Accord en relation avec l'investissement concerné et les revenus connexes.

(3) Tout paiement reçu par la première Partie contractante ou par l'organisme désigné par elle en exécution des droits et créances acquis sera librement convertible. Ces paiements seront également à la libre disposition de la première Partie contractante pour financer toute dépense encourue dans la zone de l'autre Partie contractante.

(4) A aucun moment pendant la procédure de conciliation, d'arbitrage ou d'application de la décision une Partie contractante qui serait partie à un différend en matière d'investissement aux termes de l'article 9 du présent Accord ne pourra soulever l'objection que l'investisseur qui est l'autre Partie au différend a reçu à titre d'une garantie une indemnisation pour tout ou partie de ses pertes.

Article 9

RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS EN MATIÈRE D'INVESTISSEMENT

Tout différend entre un investisseur de l'une des Parties contractantes et l'autre Partie contractante au sujet d'un investissement effectué par ledit investisseur dans

la zone de cette dernière qui n'a pas été réglé à l'amiable sera soumis, après un délai de six mois courant à compter de la date de la notification écrite de la réclamation, à toutes procédures de règlement convenues entre les Parties au différend. Si aucune procédure n'a pu être convenue au cours de ladite période de six mois, les Parties au différend seront tenues de le soumettre à un arbitrage selon les Règles d'arbitrage de la Commission des Nations Unies sur le droit commercial international¹ telles qu'elles ont été modifiées par un amendement applicable aux deux Parties contractantes. Les Parties pourront convenir par écrit de modifier lesdites Règles.

Article 10

DIFFÉRENDS ENTRE LES PARTIES CONTRACTANTES

(1) Si un différend surgit entre les Parties contractantes en ce qui concerne l'interprétation ou l'application du présent Accord, les Parties contractantes tenteront dans la mesure du possible de le régler par voie de négociations.

(2) Si les Parties contractantes ne parviennent pas à régler le différend par voie de négociations, elles pourront le soumettre à toute personne ou tout organisme dont elles pourront convenir ou, à la demande de l'une des Parties contractantes, ledit différend pourra être porté, aux fins de décision, devant un tribunal composé de trois arbitres qui sera constitué comme suit :

a) Dans les trente jours suivant la réception de la demande d'arbitrage, chaque Partie contractante désignera un arbitre. Un ressortissant qui appartiendra à Etat pouvant être considéré comme neutre à l'égard du différend et qui sera appelé à exercer les fonctions de Président du tribunal sera désigné d'un commun accord entre les deux arbitres comme troisième arbitre, dans un délai de soixante jours à dater de la désignation du deuxième;

b) Si dans les délais spécifiés ci-dessus, l'une des désignations n'a pas eu lieu, l'une ou l'autre des Parties contractantes pourra inviter le Président de la Cour internationale de Justice, agissant à titre personnel et individuel, à procéder dans les trente jours à la désignation nécessaire. Si le Président constate qu'il est ressortissant d'un Etat qui ne peut pas être considéré comme neutre en ce qui concerne le différend ou s'il est pour toute autre raison incapable d'accomplir cette fonction, le Vice-Président ou, si ce dernier est lui-même incapable d'accomplir cette fonction, le membre le plus ancien qui n'est pas disqualifié pour le même motif procédera à la désignation.

(3) Sous réserve des dispositions ci-après du présent article ou à moins que les Parties contractantes n'en décident autrement, le tribunal définira les limites de sa compétence et fixera sa propre procédure. Sur décision du tribunal, ou à la demande de l'une des Parties contractantes, une conférence destinée à déterminer les questions précises sur lesquelles l'arbitrage devra porter ainsi que les procédures spécifiques à suivre se réunira au plus tard trente jours après que le tribunal aura été définitivement constitué.

(4) A moins qu'il n'en soit autrement décidé par les Parties contractantes ou prescrit par le tribunal, chaque Partie contractante présentera un mémoire dans les quarante cinq jours suivant la date à laquelle le tribunal aura été définitivement

¹ Nations Unies, *Documents officiels de l'Assemblée générale, trente-et-unième session, Supplément n° 17 (A/31/17)*, p. 36.

constitué. Les réponses devront parvenir dans les soixante jours suivants. Le tribunal tiendra audience à la demande de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou lorsqu'il estimera opportun dans les trente jours suivant la date fixée pour la réception des réponses.

(5) Le tribunal s'efforcera de rendre une décision écrite dans les trente jours à dater de la fin de l'audience ou, en l'absence d'audience, du jour où les deux réponses ont été présentées. La décision sera prise par un vote à la majorité.

(6) Les Parties contractantes pourront soumettre des demandes visant à obtenir des éclaircissements sur la décision dans les trente jours suivant la réception de cette dernière et lesdits éclaircissements seront donnés dans les quinze jours suivant la date de ladite demande.

(7) Le tribunal arbitral prendra sa décision en fonction des règles généralement reconnues du droit international. La décision du tribunal sera sans appel et aura force exécutoire pour les Parties contractantes.

(8) Chaque Partie contractante prendra à sa charge les frais de l'arbitre désigné par elle et les frais de la représentation juridique à la procédure d'arbitrage. Les autres frais du tribunal seront partagés à égalité entre les Parties contractantes, y compris les dépenses encourues par le Président, le Vice-Président ou le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice en application des dispositions visées au paragraphe 2, *b* du présent article. Toutefois, le tribunal pourra dans sa décision établir une autre répartition des frais.

Article 11

APPLICATION

Les dispositions du présent Accord s'appliqueront à tous les investissements effectués avant ou après la date de l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 12

ENTRÉE EN VIGUEUR

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois après le mois durant lequel les Parties se seront mutuellement informées, par voie de notification écrite, que les formalités respectivement requises pour son entrée en vigueur ont été accomplies.

Article 13

DURÉE ET DÉNONCIATION

(1) Le présent Accord restera en vigueur pendant une période de quinze ans et le demeurera ensuite indéfiniment, à moins qu'il n'y soit mis fin conformément au paragraphe 2 du présent article.

(2) Chaque Partie contractante pourra mettre fin au présent Accord à tout moment après l'expiration d'une période de quinze ans courant à compter de son entrée en vigueur, moyennant un préavis écrit d'un an adressé à l'autre Partie contractante.

(3) En ce qui concerne les investissements réalisés avant la date d'expiration du présent Accord, et nonobstant la dénonciation du présent Accord conformément au paragraphe 2 du présent article, le présent Accord continuera d'être en vigueur pendant une deuxième période finale de quinze ans.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

FAIT en deux exemplaires originaux à Vienne le 11 octobre 1996 en langues chinoise, anglaise et allemande, tous les textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République d'Autriche :

B. FERRERO-WALDNER

Pour le Gouvernement
de Hong Kong :

DONALD TSANG
